

Kurz & Bündig

An dieser Stelle fassen wir Meldungen kurz zusammen, die uns für die Beurteilung der jeweils betroffenen Aktiengesellschaften, über die wir durchweg auch ausführlich berichten, wichtig erscheinen. Wir müssen hier allerdings auf Unternehmensdaten verzichten, die Sie aber in den jeweiligen Hauptberichten finden. (Die aktuellen Kursangaben beziehen sich auf den 19.06.2009; der Chart umfasst jeweils die letzten zwölf Monate.)

Agrob

Ziele für 2009 teilweise schon übertroffen

Es ist für ein Immobilienunternehmen nicht selbstverständlich, ausgerechnet im Jahr 2008 Bestmarken bei Umsatz und Ergebnis zu erreichen. Der Agrob AG ist dies gelungen, wie Alleinvorstand Stephan Fuchs mit berechtigtem Stolz im Geschäftsbericht anmerkt. Die Vermietungskapazitäten waren das ganze Jahr hoch ausgelastet, so dass sich der Umsatz um 2.4 % auf € 11.33 (11.07) Mio. erhöhte. Das EBIT, belastet durch rückübertragene Pensionsverpflichtungen, kam leicht auf € 4.93 (4.85) Mio. voran, ohne diesen Posten wären € 5.47 (5.34) Mio. geschafft worden. Der Jahresüberschuss legte überproportional auf € 1.36 (1.27) Mio. bzw. € 0.32 (0.24) je Aktie zu. Der Cashflow blieb mit € 4.4 (4.47) Mio. auf hohem Niveau. Die Investitionen wurden auf € 3.59 (1.61) Mio. ausgeweitet. Bei einer Bilanzsumme von € 96.5 (95.5) Mio. entfällt auf das Eigenkapital von € 18.3 (17.6) Mio. ein Anteil von 18.9 (18.4) %.

Leichte Abschwächung in 2009

Nachdem im Vorjahr die Ziele für den Medien- und Gewerbepark übererfüllt wurden, rechnet Agrob im laufenden Geschäftsjahr trotz aller Anstrengungen mit einer leichten Abschwächung bei Umsatz und Ergebnis.

Sowohl Stamm- als auch Vorzugsaktien erholten sich von ihren diesjährigen Tief-

ständen. Im Kurs der Vorzugsaktien ist noch eine am 28.06.2009 gezahlte Dividende von € 0.19 je Aktie enthalten. Die auf das Niveau von 2002 gesunkenen Kurse dürften noch Luft nach oben haben.

Klaus Hellwig

Fernheizwerk Neukölln

Erneut attraktive Dividende angekündigt

Seit unserem ersten Bericht in NJ 7/95 zeichnet sich der Berliner Energieversorger durch eine hohe Dividendenrendite aus, die die Aktie jedes Jahr in die Spitzengruppe der einschlägigen Übersichten führt.

Kurs auf dem Niveau von 2005

Auch für das Geschäftsjahr 2008 ergibt sich bei einer erneuten Dividende von € 1.30 eine direkte Rendite von 5.2 % bis 4.3 %, die sich aus den Eckpunkten der seit knapp zwei Jahren anhaltenden Seitwärtsbewegung des Kurses zwischen € 25 und € 30 errechnet. Das aktuelle Niveau wurde zuletzt vor vier Jahren gesehen, so dass früher eingestiegene Aktionäre eine noch höhere Rendite erzielen. Da die Aktien in der Regel lange gehalten werden, zumal es möglich war, durch Dividenden den Einstand auf Null zu drücken, gehen leider nur wenig Aktien um.

Bankschulden sind Fremdwort

Aus dem Jahresüberschuss von € 4.5 (3.9) Mio. bzw. € 1.98 (1.57) je Aktie wurden neben € 2.99 Mio. für die Aktionäre noch € 1.5 Mio. den Rücklagen zugeführt, die mit € 15.8 Mio. das Grundkapital von € 5.998 Mio. um 163 % übersteigen. Die EK-Quote beträgt hohe 73 (72.7) %, Bankschulden sind ein Fremdwort für die FHW AG. Wir gehen, wie der Vorstand, für 2009 von einer wieder „attraktiven“ Dividende aus. Unverändert besteht bei einem Vattenfall-Anteil von 80.22 % Abfindungsfantasie. Nach dem Dividendeabschlag am 27.05.2009 legte der Kurs wieder zu und nähert sich mit € 28.50 der oberen Bandbreite des Seitwärtskanals.

Klaus Hellwig

Neues Vorstandsvergütungsgesetz benachteiligt Mitarbeiter

Gesetzesnovelle differenziert nicht

Die Bundesregierung will mit dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) auf die Finanzkrise reagieren. Der Entwurf sieht vor, dass der Aufsichtsrat bei der Festsetzung der Gesamtbezüge des Vorstands dafür zu sorgen hat, dass Verhaltensanreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung gesetzt werden. Aktienoptionen sollen zukünftig erst nach vier und nicht wie bisher nach zwei Jahren eingelöst werden. Die Herabsetzung von Vorstandsvergütungen durch den Aufsichtsrat wird erleichtert und die Haftungsbestimmungen für die Aufsichtsratsmitglieder wegen überhöhter Vergütungsfestsetzung werden verschärft.

Alle über einen Kamm geschert

Es ist nachvollziehbar, dass die Politik, zumal im Jahr einer Bundestagswahl, mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zur globalen Finanzkrise und deren Auswüchsen punkten will. Die Verdoppelung der Haltefristen für Aktienoptionen ist allerdings vollkommen verunglückt. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass in § 193 Abs. 2 Nummer 4 AktG die Wörter „zwei Jahre“ durch die Wörter „vier Jahre“ ersetzt werden. Die Haltefristen werden damit auch für die „normalen“ Mitarbeiter verdoppelt. Warum will der Gesetzgeber normalen Arbeitnehmern deren Vergütungschancen reduzieren? Warum werden Mitarbeiter für die Auswüchse von Vorstandsgehältern gezeißelt? Wieder einmal scheint ein Gesetz mit heißer Nadel gestrickt zu sein.

Ein zweiter Aspekt ist außerdem vollkommen unbeachtet geblieben: Das Potenzial von Aktienoptionen wird halbiert. Eine Aktiengesellschaft darf maximal 10 % des Grundkapitals als bedingtes Kapital für Aktienoptionen bereithalten. Wenn Aktienoptionen frühestens nach vier Jahren ausgeübt werden dürfen, darf also frühestens alle vier Jahre ein neues bedingtes Kapital von 10 % beschlossen werden. Nach aktuell noch geltender Rechtslage war dies nach zwei Jahren möglich. In Zukunft stehen also jährlich nur noch 2.5 % des Grundkapitals für Aktienoptionen zur Verfügung. Das Ziel des Gesetzes scheint ziemlich daneben zu gehen.

RA Thomas Mayrhofer

